

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/188

1. Oktober 1971

Saarbrücken

-----  
CDU-Parteitag - Merkstein für totale  
Konfrontation?

Von Hans-Jürgen Wischnewski, MdB  
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Falschspiel der Union im Bundesrat

-----  
In der Bundesrepublik darf kein mißrecht-  
licher Fleckerlteppich entstehen.

Von Karl Ravens SPD-MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
ministerium für Städtebau und Wohnungswesen

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Zurück aus Ottawa

-----  
Weitgehende Annäherung der NATO-Parlamentarier

Von Kurt Mattick SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Aus-  
schusses des Bundestages

Seite 5 / 38 Zeilen

Senator Kennedys Alleingang

-----  
NATO-Parlamentarier gegen einseitige Truppen-  
verminderung in Europa

Von Werner Buchstaller SPD-MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses und des  
Militärausschusses der Nordatlantischen Ver-  
sammlung

Seite 6 / 42 Zeilen

Vernobelung in Sachen ZDF

-----  
Umstrittene Besetzung des Bonner Studios

Von Lothar Schwartz  
Stellv. Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Seite 7 / 49 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

Chefredakteur: Dr. E. Eckart  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9133  
Pressenhaus 7, Zimmer 217-824  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 888 848 888 8477  
888 848 PPP D

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Saarbrücken  
-----

CDU-Parteitag - Markstein für totale Konfrontation?

Von Hans-Jürgen Wischnewski.

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die CDU wird es Anfang kommender Woche auf ihrem Sonderpartei-  
tag in Saarbrücken nicht leicht haben. Primär geht es zunächst  
nur um den Parteivorsitz, sekundär spielt aber auch die Nominie-  
rung des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für die Wahl 1973  
eine wichtige Rolle. Man kann allerdings mit Sicherheit davon aus-  
gehen, daß in dieser Frage noch kein konkreter Beschluß gefaßt  
wird.

Dieser Parteitag der CDU hat mehrere wesentliche Aspekte:  
In jeder demokratischen Partei ist es legitim, Führungsprobleme  
offen zu diskutieren und den Kandidaten für den Parteivorsitz  
Gelegenheit zur Profilierung zu geben. Was sich in der CDU jedoch  
seit Monaten abspielt, geht an den Nerv unserer Demokratie. Die  
personellen Machtkämpfe in der Partei und die Profilierungsver-  
suche führten in zunehmender Weise dazu, das politische Klima  
mit haltlosen Attacken auf die Regierung und mit unqualifizierten  
Anwürfen gegen Politiker der Koalitionsregierung zu vergiften.  
Die letzte Aktuelle Stunde des Bundestages dürfte als Beweis für  
diese These noch allen frisch in der Erinnerung sein. Diese Ent-  
wicklung ist gefährlich.

Die CDU ist in ihren Entscheidungen, zumindest soweit es  
ihren künftigen Kanzlerkandidaten angeht, außerordentlich be-  
hindert. Ausgerechnet der "Beauftragte des Herausgebers des  
Bayern-Kurier", Wolfgang Horlacher -, und wer wird Zweifel daran  
hegen, daß hier die Stimme seines Herrn, Franz-Josef Strauß,  
spricht -, schreibt in der letzten Ausgabe des CSU-Blattes:  
"Der CSU, die bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern mit  
einem Wahlergebnis von 56,4 Prozent die absolute Mehrheit er-  
rungen hat, ist das Recht nicht abzuspochen, in den entscheidenden  
Fragen deutscher Oppositionspolitik ein gleichermaßen entscheidendes  
Wort mitzusprechen. Und ebenso, wie die Diskussion um die Namen

Barzel, Schröder und Kohl geht, darf ein Name - der geschichtlichen und faktischen Gerechtigkeit willen - nicht aus dem Spiel gelassen werden, der untrennbar mit 25 Jahren deutscher Geschichte verbunden ist: Franz-Josef Strauß....."

Niemand kann heute schon genau voraussagen, welche Absichten Strauß für 1973 hat. Anzunehmen aber ist, daß sich der Trend der vergangenen Wochen und Monaten fortsetzen wird: Die Verunsicherung der CDU durch ihre bayerische Schwesterpartei und der Versuch, die CDU politisch über ihren Parteitag hinaus auch weiterhin vor den Karren der CSU zu spannen, die sich der totalen Obstruktion verschrieben hat.

Es läge im Interesse unserer Demokratie, wenn deutliche personalpolitische Entscheidungen die CDU bei aller Schärfe ihrer Oppositionsrolle auf eine Linie der Sachlichkeit und Nüchternheit zurückführen würde. Bei der Haltung Strauß', die in dem oben angeführten Artikel deutlich wird, darf man Zweifel daran hegen, daß dieser Zustand eintreten wird.

Ich habe berechtigte Sorge, daß wir uns auch für die kommende zweite Hälfte der Legislaturperiode mit einer CDU/CSU-Fraktion abfinden müssen, die aus innerparteilichen und wahlstrategischen Gründen zur totalen Konfrontation neigt. Diese Befürchtung kann nur noch unterstützt werden durch ein weiteres Faktum, das bei klarer Analyse der Haltung der einzelnen Landesverbände und der Interessengruppen der CDU deutlich wird: Die Entscheidung der Interessengruppen ebenso wie die der Landesverbände für diesen oder jenen Kandidaten - wer immer es im Reigen der Bewerber um höchste Parteiämter auch sein mag -, wurde nicht aus programmatischen, sondern aus wahltaktischen Gründen getroffen. Wie anders sonst ist es zu erklären, daß die Mitglieder beispielsweise der Sozialausschüsse der CDU mit wenigen Ausnahmen gegen den verhältnismäßig (innerhalb dieser Bandbreite wohlgemerkt!) liberalen Kohl und für den programmatisch absolut indifferenten "Strategen der Macht" Barzel, votieren.

Bei dem Parteitag der CDU geht es nicht um personalisierte Sachentscheidungen sondern ausschließlich um Macht.

(-/wr/1.10.1971/ks)

+ + +

Falschspiel der Union im Bundesrat

In der Bundesrepublik darf kein mietrechtlicher  
Fleckerlteppich entstehen

Von Karl Ravens SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium  
für Städtebau und Wohnungswesen

Die christlichen Unionsparteien haben ihre Landesregierungen an der kurzen Leine und zwingen sie, parteiegoistische Politik zu betreiben - diesmal auf Kosten der Mieter. Das hat die Bundesratsentscheidung über das Mietrechtgesetz schlagend bewiesen. Bei Licht betrachtet sind alle schönen Reden über die angebliche Wirkungslosigkeit nichts anderes als billige Tarnung für Tatenlosigkeit.

Der Freistaat Bayern läßt die Chance, die Mieter besser als bisher zu schützen, außer Acht, obwohl in seiner Landeshauptstadt München über 25.000 Familien ohne eigene Wohnung sind, der Wohnungsmarkt also alles andere als ausgeglichen ist. Selbst nach den von den Unionsparteien immer noch gepriesenen Lücke-Berechnungen hätte ein so ungünstiges Verhältnis, 5,1 vH. Defizit, die Aufrechterhaltung des alten Mieterschutzes gerechtfertigt. Nicht anders ist es mit Baden-Württemberg, wo die CDU-Mehrheit in der Landesregierung die weitere Verzögerung des neuen Mietgesetzes verlangt, obwohl auch in Stuttgart noch über 10.000 Haushaltungen wohnungslos sind, genau fünf vH. des vorhandenen Wohnungsbestandes. Das hat die letzte Wohnungszählung eindeutig ergeben.

Während also die CDU-Landespolitiker sich bedenkenlos über das Interesse der ihnen anvertrauten Bürger hinwegsetzen, jammern sie scheinheilig danach, sie wollten doch nur in eigener Zuständigkeit bestimmen, in welchen Gebieten die Mieter verstärkten Schutz erhalten sollen. Was würde sich in der Praxis ereignen? Rückständige Regierungen, die allein den Hauseigentümern Argumenten folgen und ihrem Nutzen dienen, würden Gebiete schütz-

los lassen, die in ihrer Struktur ganz ähnlich sind wie im progressiveren Nachbarland gelegene. Ein monströser mietrechtlicher Fleckerlteppich würde sich wieder über der Bundesrepublik ausbreiten, wie zu Zeiten der schwarzen, weißen und grauen Kreise. Und nicht nur ein Fluß würde Wiesbaden und Mainz trennen, sondern auch das Mietrecht könnte dann auf einer Seite der Brücken anders sein als am anderen Ufer. Ähnliches könnte zwischen Ulm und Neu-Ulm, zwischen Ludwigshafen und Mannheim geschehen. Das ist nicht Föderalismus, das sind mietrechtliche Kirchturm-Horizonte.

Ein anderer Aspekt zeigt, wie kleinkariert die christdemokratischen Taten hinter der Münche großer Sprüche sind: Die Verweigerung der Bundesratszustimmung ist bekanntlich nur möglich, weil Berlin im Bundesrats-Plenum keine Stimme hat. Das allein bringt den Unions-Ländern eine Mehrheit. Der Sachverstand der Berliner kommt zwar in den Ausschüssen zum Zuge. Im Plenum des Bundesrats aber vergißt die CDU die sonst geübten großen Reden von den engen Bindungen und vom Als-ob-Land. Die CDU im Bundesrat nimmt vom politischen Willen der Berliner keine, sondern hält ihre nur ohne Berlin vorhandene Mehrheit heilig - um die Mieter in der ganzen Bundesrepublik und in Berlin um ein besseres Mietrecht zu bringen.

Das Falschspiel der CDU/CSU wird, dessen bin ich sicher, von den Mietern durchschaut werden. Die Quittung ist der Union schon heute sicher.

Die Entscheidung der Opposition sowohl im Bundestag wie im Bundesrat zeigt, daß nicht die Vernunft die Opposition leitet. Auch Herr Barzel führt die Opposition nicht. Strauß erteilt die Befehle, die dann auch stumm befolgt werden.

(-/wr/1.10.1971 bgy)

Zurück aus Ottawa  
-----

Weitgehende Annäherung der NATO-Parlamentarier

Von Kurt Mattick SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Auf der NATO-Parlamentarier-Konferenz in Ottawa, die in der Zeit vom 23. bis 29. September tagte, wurden alle wesentlichen politischen Probleme, die im letzten Jahr die Gemüter erregt haben oder die nahe Zukunft bestimmen werden, behandelt. Auf den jährlichen Vollversammlungen wird versucht, neben dem Ministerrat, dem Beschlußorgan der NATO, durch diese Parlamentarier-Konferenz eine Parallele mit beratender Funktion aufzubauen. Die öffentliche Wirksamkeit der NATO-Parlamentarier-Konferenz war bisher nicht sehr groß, aber die Auswirkungen ihrer Beschlüsse auf die nationalen Parlamente sind von nicht unwesentlicher Bedeutung.

Auf der diesjährigen Konferenz waren die politischen Probleme kaum kontrovers, aber die Differenzen um die Währungspolitik und die Importmaßnahmen der amerikanischen Regierung erregten die Gemüter.

Die NATO-Parlamentarier-Konferenz wurde in den letzten Jahren vom Streit innerhalb der deutschen Delegation um die Außen- und NATO-Politik so sehr belastet, daß ein nicht unbedeutender amerikanischer Delegierter auf der vorjährigen Konferenz sein Desinteresse damit begründete, daß die deutschen Querelen das Klima der Konferenz beherrschten. In diesem Jahr gab es eine noch nicht dagewesene Übereinstimmung aller Partner mit der offiziellen deutschen Außenpolitik. Daher verzichteten die CDU/CSU-Vertreter im Gegensatz zu den letzten Jahren darauf, die deutschen Differenzen hochzuspielen.

Es wurden eine große Anzahl von Entschliefungen angenommen, die fast alle mit großer Mehrheit beschlossen wurden, so daß man heute feststellen kann, daß sich die politischen Einschätzungen und Zielvorstellungen der NATO-Parlamentarier nähergekommen sind.

Der bisherige NATO-Generalsekretär Brosio sprach sein volles Vertrauen zur Politik der deutschen Bundesregierung mit der Feststellung aus, daß es zu dieser Politik keine Alternative gebe.

Die europäischen Sozialdemokraten konnten in dieser Konferenz ihre Position wesentlich verstärken.

(-/ex/1.10.1971/bgy)

+ + +

### Senator Kennedys Alleingang

NATO-Parlamentarier gegen einseitige USA-  
Truppenverminderung in Europa

Von Werner Buchstaller SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und des  
Militärausschusses der Nordatlantischen Versammlung

Auf der Nordatlantischen Versammlung in Ottawa war noch die bisherige etwas eigenartige Geschäftsordnung für die Fachausschüsse gültig, in der festgelegt ist, daß zwar die Stimmen in den Ausschüssen nur durch die Stimmführer der nationalen Delegationen abgegeben werden können, aber gleichzeitig wird zugelassen, daß die einzelnen Delegierten Anträge und Resolutionen direkt, ohne Verbindung mit ihrer nationalen Delegation oder einer politischen Gruppierung, einbringen können. Von dieser Möglichkeit machte Senator Kennedy Gebrauch und überraschte den Militärausschuß der Nordatlantischen Versammlung mit einem Resolutionsvorschlag zur Präsenz amerikanischer Truppen in Europa, für den er sicherlich von seiner eigenen Delegation keine Legitimation erhalten hätte.

Auch im Militärausschuß selbst blieb er mit seinen Vorstellungen allein. Alle Sprecher der NATO-Mitgliedstaaten, einschließlich seines eigenen Heimatlandes, widersprachen dem Kennedy-Vorschlag einer sofortigen Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa um 50.000 Mann und einer weiteren allmählichen Truppenverminderung bis auf einen Langzeitstand von 150.000 Mann. Sie waren sich einig darin, daß nichts unversucht bleiben darf, um im Rahmen von Verhandlungen zu einer gleichwertigen, ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung innerhalb der Militärblöcke zu kommen. Gleichzeitig stellten sie aber mit großem Nachdruck fest, daß einseitige Abrüstungsvorleistungen und Truppenverminderungen nicht nur die Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses, sondern auch die Verhandlungsbasis für beiderseitige Abrüstungsvereinbarungen schwächen würde.

Senator Kennedy ließ sich weder von der fast einstündigen Debatte noch von den vorgebrachten Argumenten beeindrucken. In keinem einzigen Punkt war er zu Zugeständnissen bereit. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er die Resolution ausschließlich im Hinblick auf die Wirkung in der amerikanischen Öffentlichkeit einbrachte. Dafür nahm er auch die völlige Isolierung im Militärausschuß der Nordatlantischen Versammlung in Kauf. In der Abstimmung bekam seine Resolution nur eine einzige Stimme - seine eigene.

In den Plenarsitzungen mußte auf die Anwesenheit Senator Kennedys verzichtet werden. Kurz nachdem er für seine Resolution gefochten und gestimmt hatte, flog er nach Washington zurück. Den westlichen Verteidigungsanstrengungen und dem Bündnis hat er mit seinem Alleingang in Ottawa keinen guten Dienst erwiesen.

(-/ex/1.10.1971/ks)

Vernebelung in Sachen ZDF

Umstrittene Besetzung des Bonner Studios

Von Lothar Schwartz

Stellv. Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Das Zweite Deutsche Fernsehen interessiert zurzeit die Öffentlichkeit nicht nur mit seinen Programmen, sondern auch mit Vorgängen und Planspielen hinter dem Bildschirm. Dabei geht es letztlich um die Sicherung der Ausgewogenheit des Programms dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt. Diese Forderung nach Ausgewogenheit muß selbstverständlich auch im Zusammenhang mit Personen und ihrer Grundhaltung zu politischen Fragen gesehen werden. Hier liegt denn auch der Konfliktstoff, der zurzeit Schlagzeilen macht.

Sie werden teilweise durch Erklärungen von CDU-Politikern provoziert, in denen Tatsachen und Tendenzen verzerrt oder geradezu auf den Kopf gestellt werden. So handelten - schlichter strategischer Volksweisheit folgend - der Stellv. Vorsitzende der hessischen CDU, Dr. Schwarz-Schilling, und der CDU-Pressesprecher in Bonn, Willi Weiskirch, nach dem Motto "Angriff ist die beste Verteidigung": Aus dem nachweisbaren Versuch, in der Sitzung des ZDF-Verwaltungsrates am 23. September in Mainz im Überraschungs-Verfahren die zwei Tage zuvor bei einer Zusammenkunft des "Freundeskreises der CDU/CSU" entwickelten Personalvorstellungen für den Bereich der Chefredaktion und für das Bonner Studio des ZDF in Beschlüsse umzusetzen, wurde auf diese Weise die Unterstellung, die SPD wolle das Bonner Studio in die Hand bekommen. Daß dieses wohl wichtigste Studio der Länderanstalt seit Sendebeginn vor fast zehn Jahren fest in CDU-Hand war, blieb dabei natürlich unerwähnt.

Bei dieser Pflichtübung in Vernebelung und Polemik ist im Übrigen Herrn Weiskirch ein - allerdings wohl taktisch bedingter - Rückfall in journalistische Denkkategorien unterlaufen: Er formulierte das Postulat, daß die Leitung dieses Bonner Studios einem "besonders qualifizierten - aber parteipolitisch nicht festgelegten - Journalisten" übertragen werden sollte. Dem Mann und seinen Parteifreunden, die sich mit dieser Forderung doch wohl hoffentlich identifizieren, kann geholfen werden: Sein Grund- und Vorschlag kann bei den sozialdemokratischen Mitgliedern der Aufsichtsgremien - und bei den Freidemokraten sicher auch - auf volle Unterstützung mit Rat und Tat rechnen. Was die seinen Ansprüchen gerecht werdenden Kandidaten betrifft, empfehlen sich Kontakte mit den innerhalb der Anstalt bestehenden Verbänden von journalistischen Berufsvereinigungen und mit dem Redakteursausschuß beim ZDF. - Bei dieser Verfahrensweise wird Herr Weiskirch allerdings ausgerechnet auf den Kandidaten verzichten müssen, den er bei seinem Petition klar im Auge hatte: Der frühere "Tagesschau"-Chefredakteur Hans-Joachim Reiche ist nämlich seit knapp zwei Jahren CDU-Mitglied! Man darf nun gespannt sein, wie sich die Unionsvertreter in der Anstalt und im Verwaltungsrat verhalten, wenn die Namen von Bewerbern genannt werden, die den begrüßenswerten Kriterien des Herrn Weiskirch entsprechen. (-/ex/1.10.1971/bgy)